

**MINISTERIUM FÜR VERKEHR  
BADEN-WÜRTTEMBERG**

Postfach 103452, 70029 Stuttgart  
E-Mail: poststelle@vm.bwl.de  
FAX: 0711 231-5899

An die  
Präsidentin des Landtags  
von Baden-Württemberg  
Frau Muhterem Aras MdL  
Haus des Landtags  
Konrad-Adenauer-Str. 3  
70173 Stuttgart

Stuttgart **12. Aug. 2016**  
Name [REDACTED]  
Durchwahl 0711 231-[REDACTED]  
Aktenzeichen 3-3824.5-00/408  
(Bitte bei Antwort angeben!)

nachrichtlich

Staatsministerium  
Finanzministerium

- Antrag der Abgeordneten Jochen Haußmann u. a. FDP/DVP**
- Schienenverkehrskonzeption im Zuge der Maßnahme „Korridor Mittelrhein: Zielnetz I“ im Raum Mannheim/Karlsruhe
  - Drucksache 16/346

**Ihr Schreiben vom 22. Juli 2016**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

das Ministerium für Verkehr nimmt im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen*

*I. zu berichten,*

1. *welche Erkenntnisse ihr über die wesentlichen Kritikpunkte der Interessengemeinschaft Bahnregion Rhein-Neckar 21 an der Schienenverkehrskonzeption (Aus- und Neubau sowie Nutzungskonzept Personen-/Güterverkehr) der Deutschen Bahn AG im Zuge der Maßnahme „Korridor Mittelrhein: Zielnetz I“ vorliegen und wie sie diese bewertet;*

Die Landesregierung nimmt die in der Stellungnahme der IG BRN 21 vom 24. März 2016 an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur enthaltenen Kritikpunkte der Interessengemeinschaft Bahnregion Rhein-Neckar 21 (IG BRN 21) sehr ernst. Für die Landesregierung ist es von herausragender Bedeutung, dass ein frühzeitiges und umfassendes Bürgerbeteiligungsverfahren stattfindet, in dessen Rahmen eine vertiefte Auseinandersetzung aller Beteiligten auch mit den Kritikpunkten der IG BRN 21 erfolgen wird.

2. *ob sie sich für die Erstellung eines Knotengutachtens für den schienengebundenen Personen- und Güterverkehr unter Beteiligung der regional Betroffenen einsetzt;*

Durch das BMVI ist die Untersuchung des Knotens Mannheim und der Verkehrsströme in diesem Knoten bei der DB Netz AG im Rahmen der Untersuchungen zur NBS Rhein/Main – Rhein/Neckar beauftragt.

Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die Fragen aus Sicht der Stadt Mannheim und der Region im Rahmen dieses Gutachtens berücksichtigt werden und das Land und die Region in das Gutachten eingebunden werden.

3. *ob es nach ihren Erkenntnissen zutrifft, dass die Studie zum Deutschlandtakt keine Fahrzeitgewinne im Personenfernverkehr im Raum Mannheim voraussetzt;*

Nein. Entsprechend der Aufgabenstellung enthält die Machbarkeitsstudie verschiedene Szenarien (Arbeitspakete 1.2 bis 1.4) zur Einführung eines Deutschland-Takts. Die im Raum Mannheim erzeugten Fahrzeitgewinne werden bei Umsetzung des Arbeitspakets 1.4 wirksam.

4. *wie sie die Einrichtung und Arbeit des Projektbeirats Rheintalbahn rückblickend bewertet;*

Der Projektbeirat Rheintalbahn ist aus Sicht der Landesregierung ein gutes Beispiel für eine gelungene Bürgerbeteiligung. In dem mehrjährigen Beteiligungsprozess wurde die ursprüngliche Antragstrasse der Deutschen Bahn AG zu einer umwelt- und menschengerechten Trassierung umgeplant. Damit ist die Basis für eine Akzeptanz in der Region Südbaden und für eine zügige Umsetzung geschaffen.

## II.

1. *die Einrichtung eines Projektbeirats entsprechend dem Projektbeirat Rheintalbahn für das Bahnprojekt „Korridor Mittelrhein: Zielnetz I“ im Bereich des nördlichen und mittleren Oberrheintals zu initiieren;*
2. *hierzu insbesondere den Kontakt zu den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz, dem Bund sowie der Deutschen Bahn AG, den betroffenen Körperschaften sowie Vereinigungen der bürgerschaftlichen Interessenvertretung aufzunehmen;*
3. *für einen menschen- und umweltgerechten Neu- und Ausbau sowie die entsprechende Nutzungskonzeption im Hinblick auf die Verkehrslenkung für Personen- und Güterverkehr einzutreten.*

Antwort auf die Fragen II. 1. bis 3.:

Die Frage der Ausgestaltung des Bürgerbeteiligungsverfahrens ist derzeit noch Gegenstand von Gesprächen. Das Ministerium für Verkehr steht in diesem Zusammenhang schon seit längerem im Kontakt zu dem von der Neubaustrecke Frankfurt – Mannheim betroffenen Bundesland Hessen, zu der Deutschen Bahn AG, verschiedenen Körperschaften sowie der IG BRN 21.

Die Landesregierung erwartet als Ergebnis des Bürgerbeteiligungsverfahrens eine Planung, die von Anfang an menschen- und umweltverträglich ist und in der Region auf Akzeptanz stößt. Sie tritt in diesem Zusammenhang auch für die genannte Nutzungskonzeption ein.

Es ist Aufgabe von Bund und Deutscher Bahn AG, die Anregungen aus der Region aufzunehmen, diese in die Planungen einfließen zu lassen, am Ende eine in der

Region akzeptierte Planung mit einem Lärmschutz vorzulegen, der dem aktuellen Stand der Technik entspricht und sich am Ausbau der Rheintalbahn in den südlichen Abschnitten orientiert, und diese Planung dann vollständig aus Bundesmitteln umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Winfried Hermann', with a long horizontal flourish extending to the right.

Winfried Hermann MdL  
Minister für Verkehr